

V7-062-2

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Philipp Hoffmann, Hannah Nürnberg, Konstantin Elbe, Belana Behrendt

Titel: **V7-062-2: Solidarität mit der Zivilbevölkerung in Israel und Palästina**

Antragstext

Von Zeile 67 bis 81:

Das Vorgehen der israelischen Armee im Gazastreifen, unterstützt durch die Politik der israelischen Regierung, beinhaltet nach Berichten internationaler Expert*innen und Gremien, systematische Tötungen, massive Vertreibungen, die Zerstörung ziviler Infrastruktur, bewusste Erzeugung von Hunger und Krankheit sowie die Einschränkung humanitärer Hilfe. Diese Maßnahmen überschreiten eindeutig das im Völkerrecht verankerte Selbstverteidigungsrecht.

~~2.7. Das Vorgehen der israelischen Armee, auf Geheiß der rechtsextremen Regierung Israels, im Gazastreifen erfüllt zentrale Kriterien des Völkermords gemäß der UN-Konvention: systematische Tötung, massive Vertreibungen, gezielte Vernichtung der zivilen Infrastruktur, bewusste Erzeugung von Hunger und Krankheit sowie die Verhinderung humanitärer Hilfe. Das ist eine klare Überschreitung des Selbstverteidigungsrechts. Wir verurteilen einen solchen Missbrauch internationalen Rechts zur Legitimierung kollektiver Bestrafung, ethnischer Vertreibung und systematischer Vernichtung, auf das Schärfste. Dieser Missbrauch verletzt die universellen Menschenrechte und zerstört das Vertrauen in jene Rechtsinstitutionen, die den Schutz der Menschenrechte und damit der Zivilbevölkerung erst gewährleisten sollen. Die GRÜNE JUGEND NRW schließt sich der Auffassung der unabhängigen Untersuchungskommission des UN-Menschenrechtsrats und Expert*innen an, dass der israelische Staat im Gazastreifen einen Genozid an der palästinensischen Bevölkerung~~

verübt.

Wir verurteilen den Missbrauch internationalen Rechts, durch den kollektive Bestrafung, ethnische Vertreibung und die Zerstörung lebenswichtiger Infrastruktur legitimiert werden sollen, auf das Schärfste. Solche Handlungen verletzen die universellen Menschenrechte, verschärfen die humanitäre Krise und untergraben das Vertrauen in internationale Institutionen, die den Schutz von Menschenrechten und Zivilbevölkerung gewährleisten sollen.

Internationale Ermittlungen laufen derzeit, um zu prüfen, ob diese Handlungen Merkmale eines Völkermords gemäß der UN-Konvention erfüllen könnten. Unabhängig vom Ergebnis bleiben die systematische Unterdrückung und die akute Gefährdung der palästinensischen Bevölkerung eine ernsthafte humanitäre und politische Krise, welche wir auf schärfste verurteilen.